

Wessely, Kurt

**Article — Digitized Version**

## Realeinkommen und Lebensstandard in Ungarn

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wessely, Kurt (1949) : Realeinkommen und Lebensstandard in Ungarn, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 40-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130879>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Die Lohnerhöhungen verzögerten die Entwicklung. Die landwirtschaftlichen Preise stiegen durch die Verarbeitungskosten bis November weiter an. Die Lebensmitteleinzelhandelspreise erhöhten sich bis Januar und die industriellen Preise begannen erst im März 1949 zu sinken. Im April stellte sich die Kaufkraft der Wochenlöhne auf 75 bis 80 Prozent der Kaufkraft vor dem Kriege.

#### SOZIALPOLITIK

Der Vergleich mit den Produktionsziffern könnte den Gedanken aufkommen lassen, daß die Lohnempfänger besonders benachteiligt sind und nur den Armenteil empfangen. Dieser Schluß ist nicht ganz richtig. Man muß berücksichtigen, daß die werktätige Bevölkerung seit 1938 um sechs Prozent angestiegen ist.

Die sozialen Vorteile, die sich beträchtlich erhöht haben, kommen zu einem großen Teil dem Lohnempfänger zugute, sei es direkt oder indirekt, indem sie die Lasten für den Unterhalt ihrer erwerbsunfähigen Angehörigen vermindern. Schließlich belasten die Investitionsvorhaben die Produktion mehr als in der Vorkriegszeit.

Die Ergebnisse der nationalen Rechenführung gestatten einige genauere Rückschlüsse. Die Entwicklung der Kaufkraft der ausgezahlten Lohnsumme zeigt folgende Linie:<sup>1)</sup>

1938	1946	1947	1948
100	75	85	90

Andererseits haben die Familienunterstützungen und die Nettoeinnahmen aus der Sozialversicherung (Leistungen abzügl. Arbeitnehmerbeiträge) folgende Kaufkraftentwicklung dargestellt:

1938	1946	1947	1948
100	350	550	600 (Schätzung)

und sich von zwei Prozent der ausgezahlten Lohnsumme im Jahre 1938 auf 14 Prozent im Jahre 1948 erhöht.

Die Gesamtheit der Lohnempfänger teilt sich also in eine Gesamtkaufkraft, die wenig von der der Vorkriegszeit abweicht, aber sie entfällt auf ein leicht angewachsenes Kollektiv und auf eine erhöhte Arbeitsdauer als Folge des Ertragsrückganges. Die soziale Gesetzgebung bewirkt unter ihnen eine Rückvergütung in Form von Familienunterstützung und Gesundheitsfürsorge. Das direkte Lohn Einkommen auf den Erwerbstätigen erscheint also weniger vorteilhaft als vor dem Krieg. Das erklärt die Unzufriedenheit der Arbeiter. Dagegen kann man annehmen, daß die Verbesserung des Lebensstandards gewisser Bevölkerungskategorien sich weniger zum Schaden der Lohnempfänger als der Empfänger von Zinseinkommen vollzogen hat, deren Kaufkraft in den letzten drei Jahren etwa auf 20 Prozent der Kaufkraft der Vorkriegszeit gestanden hat.

<sup>1)</sup> Aus Vermietung stammende Einnahmen und Ausgaben für Wohnungen wurden eliminiert, da sie die Ergebnisse künstlich verfälschen.

## Realeinkommen und Lebensstandard in Ungarn

Dr. Kurt Wessely, Linz a. d. Donau

Eine genaue Untersuchung über die in Ungarn herrschenden Lohn- und Preisrelationen leidet darunter, daß statistische Angaben nur beschränkt zur Verfügung stehen und die Erklärungen von Funktionären des Staates und des öffentlichen Lebens auf propagandistische Wirkung abgestimmt sind.

Infolge der schweren Kriegsverluste und Zerstörungen besonders durch die Belagerung Budapests konnte die ungarische Industrieproduktion bis Ende 1945 erst die Hälfte des Vorkriegsvolumens erreichen, während der Beschäftigungsgrad etwa zwei Drittel des Jahres 1943 ausmachte. Außerdem stand das Land unter dem Druck der Besetzung, vereinzelter Demontagen und Reparationsforderungen, deren Erfüllung aber wenigstens durch gewisse Rohstofflieferungen der UdSSR erleichtert wurden, die der Wirtschaftsankurbelung dienen sollten. Nach einer beispiellosen Inflation, die selbst die deutsche nach dem ersten Weltkrieg bei weitem übertraf, erfolgte im Sommer 1946 die Stabilisierung. Erst am 1. 8. 1947 wurde die Planwirtschaft eingeführt.

#### STABILISIERUNG

Da man an die Inflationspreise nicht anknüpfen konnte, mußte für die Stabilisierung ein neues Preisniveau gefunden werden. Man entschloß sich zu

einer neuen, sich an die Weltmarktpreise anlehnenen Dollarrelation, die das neue Geld auf einen Kurswert brachte, der etwa einem Drittel der Friedensdollarparität entsprach. Der Umrechnungsschlüssel ergibt sich aus folgenden Kurswerten: (1938) 1 \$ = 3,4 Pengö, (1946) 1 \$ = 11,74 Forinten. Das Verhältnis zwischen Goldpengö und Forint stellte sich also auf 1:3,45. Die neue Währungseinheit entsprach 4 Quatrillionen Papierpengö, auch der bereits vorher eingeführte sogenannte Steuerpengö war völlig entwertet.

Eine Politik rücksichtsloser Kreditrestriktion seitens der Nationalbank, die einer Vermehrung des Banknotenumlaufes nur im gleichen Schritt mit einer Produktionserhöhung stattgeben durfte, sollte die Gefahr einer neuen Inflation ausschließen. Die Nationalbank konnte aber nicht verhindern, daß trotzdem eine Preissteigerung eintrat, die allerdings keine Inflationsgefahr mehr heraufbeschwor. Der ursprünglich auf 1 Mrd. ft limitierte Banknotenumlauf beträgt heute rund 2,7 Mrd. ft. Dem Geldumlauf von 863 Mill. P in der Vorkriegszeit hätte unter Einhaltung des neuen Umrechnungsschlüssels bei Erreichung der Vorkriegsproduktion ein Umlauf von rund 2,3 Mrd. ft entsprochen, tatsächlich liegt er heute bei 2,7 Mrd. ft, also um etwa ein Fünftel über dem Frie-

denstand. Da aber die Produktion bis jetzt noch keineswegs das Friedensvolumen überschritten hat, so ergibt sich daraus, daß eine Preissteigerung von mindestens 20 % gegenüber den Friedenspreisen eingetreten sein muß. Diese Preissteigerung muß sich also in einem verringerten Reallohn zeigen. Da das ungarische Preisniveau stärker als das Weltmarktpreisniveau anstieg, so konnte sich die Erhöhung der Weltmarktpreise auch nicht auf eine Belebung des ungarischen Exports auswirken. Das hohe ungarische Preisniveau führte vielmehr zu Exportschwierigkeiten. Der Grund für den Preisanstieg liegt nicht nur darin, daß die ungarische Investitionstätigkeit von den Weltmarktpreisen abhängig ist, sondern auch in der bisher ungenügenden Exportkraft des Agrarsektors und schließlich in der Erhöhung des Banknotenumlaufs, die über die Produktionssteigerung hinausging und in den Finanzierungsschwierigkeiten des Investitionsprogrammes ihren Grund hat.

Die Rückgabe des ungarischen Goldschatzes von 32 Mill. \$ seitens der USFA hatte natürlich nur einen optischen Wert, sie stärkte aber doch das Vertrauen in die neue Währung, die nach Ansicht ihrer Schöpfer nur ein Ausdruck der jeweiligen Produktionskraft und der wirtschaftlichen Erfolge des Landes sein sollte.

Allerdings brachte die Inflation auch kostensenkende Elemente durch den Wegfall der Staats- und Privatverschuldung, soweit sie auf Pengö lautete, womit der Staat auch seine Kriegskosten abschreiben konnte. Diese Entgüterung der Wirtschaft wurde durch eine Vermögensabgabe noch weiter gesteigert. Überdies wurde trotz eines vagen Versprechens für die Entseignung der Betriebe keine Entschädigung gezahlt, so daß auch hier jeder Kapitaldienst wegfällt. Da es keine Kapitalreserven mehr gab, konnte der enorme Investitionsbedarf, der wieder die Schwerindustrie bevorzugt, so wie die hohen Reparationsleistungen, die erst 1948 herabgesetzt werden konnten, nur aus den laufenden Einkünften und durch Besteuerung gedeckt werden, denn ausländische Kredite standen nicht zur Verfügung.

#### INVESTITIONSBEDARF

Das erste, am 1. 8. 1947 in Kraft getretene Investitionsprogramm sah Investitionen von 6,5 Mrd. ft vor und sollte in drei Jahren durchgeführt werden. Die planmäßige Investitionssumme war für das erste Jahr mit 1796 Mill. ft eingesetzt. Tatsächlich wurden jedoch im ersten Planjahr 2494 Mill. ft investiert, nachdem anfänglich besonders wegen der Schwierigkeiten im Außenhandel mit den Weststaaten die gesteckten Investitionsziele nicht erreicht werden konnten. Bei dieser Steigerung der Investitionen um 38,9 % über den Plan muß aber die Preissteigerung berücksichtigt werden, die etwa 25 % ausmachte und zum Teil auf die Erhöhung der Weltmarktpreise zurückzuführen ist, so daß die Realsteigerung nur 10,6 % betrug. Um am 1. 1. 1950 mit dem neuen auf das Kalenderjahr abgestimmten Fünfjahresplan beginnen zu können, mußte der laufende Dreijahresplan auf zwei Jahre fünf Monate verkürzt werden. Die sich gegenwärtig zur Abkürzung des Dreijahresplanes steigernde Investitionstätigkeit (1. Vierteljahr 1949: 1011 Mill. ft, 2. Vierteljahr 1949: 1316 Mill. ft)

soll dazu die Überleitung schaffen. Die ursprünglichen Investitionssummen des ablaufenden Planes werden dann verdreifacht. Der neue Fünfjahresplan sieht eine Gesamtinvestition in Höhe von 35 Mrd. ft und im Jahresdurchschnitt eine Investition von 7 Mrd. ft vor.

Bei einem Volkseinkommen, das zwischen 12 bis 14 Mrd. ft jährlich geschätzt wurde, entsprach der Investitionsbedarf des Dreijahresplanes also etwa einem Sechstel des Volkseinkommens. Da aber noch die Auffüllung der Warenlager und der Nachholbedarf der Einzelhaushalte hinzukommt, bleibt für Konsumzwecke nur höchstens zwei Drittel des Volkseinkommens verfügbar. Eine Steigerung des Lebensstandards kann also nur stufenweise durch Preisabbau oder Reallohnvermehrung erfolgen. Denn die wenigsten Investitionen dienen der unmittelbaren Konsumgütererzeugung.

#### MARKTWIRTSCHAFT ALS LENKUNGSMITTEL

Darüber war man sich bei Schaffung der neuen Währung vollkommen klar. Da damals noch keine Planwirtschaft bestand und sich die Verstaatlichung zunächst nur auf die Kohlengruben beschränkt hatte, wollte man eine Lenkung der Wirtschaft in die gewünschten Bahnen einer industriellen Mehrproduktion durch das Mittel der Preispolitik erreichen. Aus diesem Grunde wurde der Umrechnungskoeffizient von 3,45 nicht generell, sondern gestaffelt angewandt. Man schuf eine künstliche Preisschere, indem man bei Industrieprodukten einen durchschnittlichen Umrechnungskoeffizienten von 4,2, bei Agrarprodukten von 3,2 verwendete. Durch diese Preisdifferenzierung glaubte man, bei Gebrauchsgütern auf eine Rationierung weitgehend verzichten zu können. Nur die im Preis niedrig gehaltenen Agrarprodukte wurden vorerst noch auf Karten abgegeben. Neben diesen Rationierungspreisen wurde allerdings ein von der Regierung selbst beaufsichtigter Freimarktpreis, namentlich bei Zucker, vorgesehen.

Durch die Mißernte 1946/47 stiegen die Agrarprodukte auf dem schwarzen Markt sehr an, was statistisch allerdings nur wenig in Erscheinung tritt, weil in den Statistiken nur die Rationierungspreise erfaßt werden. Erst durch die gute Ernte 1948, die allerdings auch nur 93 % des Planzieles erreichte, trat eine fühlbare Preisentspannung ein. Auch die Rationierung wurde fast ganz aufgehoben. In Ungarn herrscht — abgesehen von einzelnen Lebensmitteln wie Brot und Zucker — nicht das in anderen Ostblockländern übliche Rationierungssystem, das seinen Ausgleich in den teuren vom Staat selbst eingerichteten „freien“ Geschäften bzw. Preisen findet. Ein ähnlicher Ausgleich findet sich aber in Ungarn in der starken Preisdifferenzierung zwischen den einzelnen Qualitäten.

#### LOHNPOLITIK

Um trotz verminderter Produktion eine Marktwirtschaft durchführen zu können, mußte bei der Stabilisierung eine entsprechende Festsetzung der Lohnrelationen vorgenommen werden. Das geschah in der Weise, daß die Lohnsumme dem halben Reallohn der

Vorkriegszeit gleichgesetzt wurde. Die Löhne wurden dabei jedoch nicht gleichmäßig behandelt. Während man die Pengelöhne der Arbeiter verdoppelte, wurden bei den Angestellten und Beamten die neuen Nominallohne den alten gleichgesetzt. Damit sollten weitere Kaufkraftsteigerungen verhindert, gleichzeitig aber wohl auch eine Einkommensnivellierung erreicht werden. Diese Methode brachte bei den durchschnittlichen Umrechnungskoeffizienten der Preise den Angestellten und Beamten eine Verminderung ihres Realeinkommens auf ein Drittel.

Der durchschnittliche Lebensstandard von 54 % gegenüber der Friedenszeit (bei Beamten und Angestellten natürlich viel niedriger) sollte innerhalb eines Jahres angeblich auf 60 % angestiegen sein, obwohl sich die Produktionswerte um 29,2% erhöht hatten, wobei jedoch die Preissteigerung berücksichtigt werden muß. Die Absicht, den Friedensstandard am Ende des Dreijahresplanes um 8 % übertreffen zu wollen, scheint danach eine sehr schwer zu erfüllende Aufgabe. Nach der Verkürzung des Dreijahresplanes müßte dieses Ziel schon 1949 erreicht sein.

#### Charakteristische Indexzahlen über die Entwicklung der Preis- und Lohnrelationen 1946—47

(1938 = 100)

Preise:	31.8.1946	31.7.1947
Brot	242	242
Kartoffeln	390	590
Eier	400	785
Zucker	1075	1075
Herrenkleidung	750	938
Damenkleidung	648	1013
Damenschuhe	478	536
Strom	228	181
Mieten	127	127
Löhne und Gehälter:		
Industriearbeiter	192	233
Staatsbeamte	129	175
Privatangestellte	155	171

Die Erhöhung der Löhne wurde also reichlich durch die Preissteigerung ausgeglichen. Selbst der offizielle Lebenshaltungsindex (Zeitpunkt der Stabilisierung = 100) zeigt im Juni 1947 einen Stand von 139 %, er fiel zwar im Juli vorübergehend auf 113 %, erreichte aber bereits im September 1947 wieder 120 %. Man muß dabei berücksichtigen, daß die obige Aufstellung beispielsweise die Kartoffeln zum amtlichen Rationierungspreis von 0,65 ft je kg einsetzt, während sich der am freien Markt gezahlte Preis im März 1947 auf 1,8—2,4 ft je kg stellte. Und noch im Frühjahr 1948 wurden nur 1 kg wöchentlich je Person auf Marken abgegeben. Erst im vergangenen Herbst sank der Kartoffelpreis auf die amtliche Notierung und konnte sie sogar etwas unterschreiten (0,60—0,68 ft).

Wenn also auch während der Beobachtungszeit sogar Preissenkungen dekretiert (Mieten, Straßenbahn) und die Tarife überhaupt niedrig gehalten wurden, konnte die Steigerung des Nominallohns nicht mit der Preissteigerung Schritt halten.

#### ENTWICKLUNG DES LEBENSSTANDARDS

Im vergangenen Jahr konnte dank der guten Ernte die Lebenshaltung verbessert werden (Ende der Maistage beim Brot, Ausgabe von Semmeln), und namentlich in der Gemüseversorgung trat eine fühlbare Erleichterung ein, die auch während des Winters andauerte. Die Lebenshaltungskosten verminderten sich von November 1948 bis März 1949 um 4,9%. Damit soll sich die Lebenshaltung, wovon etwa die Hälfte auf Lebensmittelkosten entfällt, binnen Jahresfrist um 19,8 % verbilligt haben. Es fragt sich aber sehr, wieweit diese Verbilligung im offiziellen Lebenshaltungsindex überhaupt in Erscheinung treten kann, da dieser, wie wir bei den Kartoffeln sahen, an fiktiven Preisen festhält. Wenn man nun bedenkt, daß die Hälfte dieser veranschlagten Verbilligungen infolge des günstigen Ernteausgangs auf die Herabsetzung der Lebensmittelpreise entfällt, deren Preissteigerung im Dreijahresplan überhaupt nicht einkalkuliert war, so kann die erwartete Steigerung des Lebensstandards im Lebenshaltungsindex überhaupt nicht zum Ausdruck kommen. Für die Steigerung des Lebensstandards würden im wesentlichen nur die 10 % verbleiben, die sich nach Abzug der Lebensmittelverbilligung ergeben. Damit kann aber höchstens der Lebensstandard von 1938 erreicht, keinesfalls aber überschritten werden.

Selbst im Ernährungssektor ist aber der Friedenskonsum nur sehr unvollständig erreicht worden. Ein Überblick über die Ausgaben Budapester Familien ergibt für eine „Versorgungseinheit“ (Schlüssel nach Longworthy).

	Monatsdurchschnitt		% des Friedenskonsums	Monatsdurchschnitt 2.Hälfte 48
	1937/39	1947		
Fleisch (kg)	5,39	3,47	64	unverändert
Fettstoffe (kg)	2,18	1,58	72,5	fast unveränd.
Milch (l)	11,8	4	33,9	9,7
Eier (Stück)	16,8	12,6	75	10,2
Brot (kg)	9,82	7,14	72,7	8,86
Kartoffel (kg)	6,58	7,58	115,2	13,69
Gemüse (kg)	10,10	10,02	99,2	13,24
Obst (kg)	5,18	6,51	125,7	9,23
Zucker (kg)	1,78	0,68	48	1,94

Diese Übersicht zeigt, daß eine wesentliche Verschiebung im Konsum stattgefunden hat. Bei den kalorienreichen Nahrungsmitteln wurde im Vorjahr nur bei Zucker, der in größerer Menge, um etwa 12 % verbilligt, bereitgestellt wurde, eine Erhöhung über den Friedensverbrauch erzielt. In Fleisch und Fett besteht weiterhin noch ziemlicher Mangel und eine bemerkenswerte Teuerung (Fett kostet etwa das Zehnfache des Friedenspreises). Auch die auf reichliche Futterbasis gegründete Schweinemastaktion, die Exportzwecken dienen soll, läßt keine baldige Besserung erwarten. Es verwundert also nicht, daß die Ernährung nach Kalorienmengen berechnet Anfang 1948 noch weit hinter dem Friedensdurchschnitt zurückgeblieben war. Im Januar 1948 betrug die tägliche Kalorienmenge für eine Budapester Versorgungseinheit bei einer Arbeiterfamilie 2151 Kalorien, bei einer Staatsbeamtenfamilie 1944 Kalorien, bei

einer Angestelltenfamilie 2103 Kalorien, bei Pensionsempfängern 1823 Kalorien und damit im Durchschnitt 2051 Kalorien. Die Ergänzung durch Mahlzeiten in Kantinen und Restaurants, die statistisch nicht erfaßt werden können, fallen dabei nicht ins Gewicht, da sie nur dem in Arbeit stehenden Familienerhalter zugute kommt.

Nachdem man bereits bald nach Abschluß des ersten Planjahres davon gesprochen hatte, daß man 85% des Friedenslebensstandards erreicht habe, versicherte nun der stellvertretende Ministerpräsident Rákosi, daß der Friedensstandard jetzt um 10—15% überschritten sei, damit habe man also die Resultate des Dreijahresplanes vorweggenommen. Nähere Angaben werden jedoch hierüber nicht gemacht. Obwohl diese Behauptung ständig wiederkehrt, stößt sie auf manchen Zweifel. Es illustriert die Situation ganz gut, wenn das oppositionelle „Haladás“ am 9. 12. 1948 ironisch schreibt, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen wären, neue Konfektionskleider zu kaufen, während ihnen früher billige „von Herrschaften abgelegte“ zur Verfügung gestanden hätten. Beide gibt es aber heute nicht mehr. In der letzten Zeit versucht man daher, Bestände aus den Budapester Pfandhäusern in den Provinzindustriestädten zum Verkauf zu bringen. Die Regierung bemüht sich allerdings, durch Produktionsverbilligung und Herstellung von Standardtypen (Schuhe, Kleider, aber auch bei Menues) eine Verbilligung zu erreichen. Trotzdem wird über die Preise weiter geklagt, da keine Friedensqualität vorliegt.

Seit der Stabilisierung hat sich der Nominallohn bei den Arbeitern um 138%, bei den Angestellten um 77—91% erhöht. Wenn man nun behauptet, daß sich in diesem Zeitraum der Reallohn verdoppelt habe, andererseits aber die Konsumgüterindustrie das Planziel nicht erreicht habe, so kann die Berechnung des Reallohnes nur in der Weise erfolgt sein, daß die zusätzlichen sozialen Leistungen des Staates auf den Reallohn aufgeschlagen worden sind. Diese Leistungen belasten zwar zweifellos den Staat und überhöhen übrigens auch die Produktionskosten für den Export, können aber vom Lohnempfänger nicht als zusätzlicher Reallohn gewertet werden. Nach einer Berechnung des Generalsekretärs des obersten Wirtschaftsrates, Minister Vas, betragen die zusätzlichen sozialen Aufwendungen in den staatlichen Betrieben

für bezahlten Urlaub und bezahlte Mittagszeit (!) durchschnittlich 238 ft im Monat, was den Nominallohn um 38,3% erhöht.

#### PRODUKTIVITÄT UND PRODUKTION

Die Produktionskosten werden durch das Nachhinken der Produktivität der Arbeitsleistung hinter der Produktionssteigerung erhöht. Während des ersten Planjahres soll sich die Produktivität der Arbeitsleistung um 25% erhöht haben, wovon 13% auf die Zeit des 4-monatigen Arbeitswettbewerbs entfallen. Durch Schwindelmanöver der Arbeiterschaft im Zusammenspiel mit den Betriebsführungen haben sich aber während des Arbeitswettbewerbes die Lohnkosten um etwa 20% erhöht. Aber auch diese Produktivitätssteigerung bleibt noch immer um 8—10% hinter der Produktionssteigerung zurück. Man kann also etwa mit 90% der Friedensproduktivität rechnen. Die Anomalie erklärt sich durch eine unverhältnismäßige Erhöhung der Arbeiterzahl, insbesondere aber durch die ständig ansteigende Bürokratie. Eine echte Reallohnsteigerung hätte zu einem Kaufkraftüberhang führen müssen, dem kein genügendes Güterangebot gegenüberstehen konnte. Aus diesem Grunde macht man sich jetzt an eine Neuaufrichtung der Produktivitätsnormen, die eine Produktionssteigerung ohne weitere Steigerung der Lohnkosten erreichen soll.

Ein neuer, erst kürzlich veröffentlichter Lebenshaltungsindex bestätigt die Annahme, daß die Senkung der Lebenshaltungskosten während des vergangenen Jahres nicht überschätzt werden darf. Der offizielle Index weist für die zweite Märzhälfte in Budapest einen Stand von 112,6 gegenüber 130 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres auf. Die Lebensmittelkosten haben sich danach um 24% gesenkt, während die Preise für Textilien und Haushaltsartikel hinter der durchschnittlichen Senkung zurückblieben. Heizungs- und Mietkosten haben sich erhöht. Nach diesen Angaben dürfte sich der Lohn des Arbeiters tatsächlich etwas über das Friedensniveau gehoben haben, während die Gehälter für Angestellte und Beamte noch weit unter dem Friedensstand liegen. Vergleiche sind aber insofern sehr schwer durchzuführen, weil die Abzüge für Steuern und soziale Lasten, die als Gewerkschaftsbeitrag vom Lohn abgezogen werden, nicht bekannt sind, und weiterhin noch freie Preise für weißes Mehl und Zucker fortbestehen.

## Triest — das Ende einer Konstruktion

Dr. Alfred Detig, München

Das „Freie Territorium Triest“ ist zweifellos das merkwürdigste staatliche Gebilde der Nachkriegszeit, dessen wirtschaftliche Lebensmöglichkeiten vom Tage seiner Konstituierung am 15. September 1947 an von den meisten Experten lebhaft bestritten wurden. Ausschlaggebend für diese überstürzte, mit vielen Makeln einer allzuwenig überlegten Improvisation behafteten Gründung war das Be-

streben der Amerikaner und Engländer, die Zufuhren zur See für ihre Besetzungszonen in Österreich sicherzustellen und den Ansprüchen Jugoslawiens auf Stadt und Hafen Triest einen Riegel vorzuschieben. Die Schaffung des Territoriums beendete zwar im wesentlichen eine Zeit drohenden wirtschaftlichen Chaos, eines Kampfes aller gegen alle, bei dem die ungezügelt politischen und nationalen Leiden-